

## Beschluss-Vorlage

zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates

am 27. April 2022

---

Betreff: Ort der Menschenrechte  
Vorgänge: 57/20  
Anlagen: Bilder und Grafiken der Installation  
Verteiler: TV, FV  
Bearbeiter/-in: BM

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Gemeinderat begrüßt die Installation eines Ortes der Menschenrechte im öffentlichen Raum und beauftragt die Verwaltung eine Fläche entlang des Fuß- und Radwegs an der Bleiche auf Seiten der Stadtmauer zwischen Einfahrt Tiefgarage Rathaus und Cronbergergasse dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

Der Gemeinderat fördert das Projekt durch die Übernahme eines möglichen finanziellen Fehlbedarfs von bis zu 50 % der Gesamtkosten, maximal jedoch 30.000 Euro und beauftragt die Verwaltung mit der Bewirtschaftung der Mittel unter der Haushaltsposition 7281000000920: Installation „Menschenrechte“, Konto 78710000 Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen. Demzufolge beschließt der Gemeinderat die Aufhebung des Sperrvermerks im Haushaltsplan 2022 auf der Maßnahme 7281000000920: Installation „Menschenrechte“ (S.411f HHP2022).

### **Sachverhalt:**

Die Initiative zur dauerhaften Schaffung eines Ortes der Menschenrechte in Ladenburg erfolgte im Jahr 2018 durch eine bürgerschaftliche Initiative. Maßgeblich beteiligt waren der Vorsitzende des DGB Ortsverbandes Ladenburg/Rhein-Neckar und der IG BCE Ortsgruppe Ladenburg/Rhein-Neckar.

Ziel ist die nachhaltige Sichtbarkeit und Wiedergabe aller Artikel der Menschenrechtscharta vom 10.12.1948 in Form einer Installation auf einer öffentlichen Fläche. Die Installation soll Vergangenheit und Zukunft verbinden und ein sichtbares Zeichen setzen für Demokratie und Menschlichkeit.

Der Gemeinderat hat sich in seiner Sitzung am 30. September 2020 grundsätzlich für eine solche Initiative ausgesprochen und die Verwaltung beauftragt, geeignete Standorte zu prüfen. In mehreren nicht öffentlichen Sitzungen wurden unterschiedliche Plätze erörtert. Als Standort mit der größten Akzeptanz wurde eine Installation an der Bleiche gegenüber der Stadtmauer befürwortet. Dieser Standort wurde von den Initiatoren zwischenzeitlich begutachtet und für geeignet bewertet. Konkret sind vier Rasenflächen à vier Stelen zwischen älteren Bäumen vorgesehen, die in einem kleineren Abstand parallel zu einem stark frequentierten Fuß- und Radweg in zentraler Lage verlaufen. Der Bereich umfasst den Wegabschnitt Einfahrt Tiefgarage Rathaus bis Cronbergergasse. In der Vergangenheit gab es just dort bereits eine temporäre Plakatierung der Menschenrechte durch die Ladenburger Gruppe von Amnesty International. Im Rahmen eines Vor-Ort-Termins präsentierten die Initiatoren am 23. Februar 2022 gemeinsam mit dem beauftragten Ladenburger Künstler Hans-Michael Kissel eine maßstabsgetreue Version der insgesamt 16 Stelen nebst Text der Öffentlichkeit.

Unterstützt wird die Initiative zwischenzeitlich durch finanzielle Spenden eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses, bestehend aus 21 lokalen Vereinen, Initiativen, Kirchengemeinde und Parteien. Ziel der Initiatoren ist, neben den bereits beteiligten Organisatoren bis zur Realisierung möglichst viele weitere lokale Akteure der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft für dieses Projekt zu gewinnen, um hierdurch ein deutliches Zeichen, einer festverwurzelten freiheitlich- demokratischen Stadtgesellschaft, die sich gegen jegliche Form von Ausgrenzung und Intoleranz ausspricht, zu setzen. Neben den bereits eingegangenen Spenden besteht auch Kontakt zu Spenderinnen und Spendern außerhalb von Ladenburgs. Insgesamt werden die Kosten der Installation, vorrangig Material für die 16 Stelen aus Corten-Stahl auf rund 30.000 Euro kalkuliert. Über die Hälfte der Projektkosten wurde zwischenzeitlich zugesichert. Bei der Beschaffung des Stahls ist sichergestellt, dass dieser aus der Europäischen Union stammt.

Konzeptioneller Ansatz eines Ortes der Menschenrechte ist nicht alleine die Schaffung einer Installation als statische Gebilde, vielmehr gilt es den Stellenwert der Menschenrechte an jüngeren Generationen weiterzugeben. So sollen das Thema und der Ort thematisch in die sieben örtlichen Schulen transportiert und dort jeweils in den Unterricht eingebunden werden. Das Thema Menschenrechte als Grundlage unserer Demokratie soll diskutiert und daraus weitere Projekte entwickelt werden. Darüber hinaus wird Ladenburg insbesondere in den

Monaten April bis September von Touristen und Gästen besucht, die eigenständig oder im Rahmen zahlreicher Stadtführung in Kontakt mit der Installation kommen werden. So hat der Ort der Menschenrechte auch einen über Ladenburg hinausgehenden Einfluss. Hinzu kommt, dass sich die Stelen an einem sehr stark genutzten Schulweg befinden.

Für die Umsetzung des Projektes steht der gemeinnützige Verein „Wir für Ladenburg“ zur Seite. Die Verwaltung schlägt vor, die Realisierung eines Ortes der Menschenrechte öffentlich zu beschließen, den Sperrvermerk aufzuheben und die Kostenübernahme eines Fehlbedarfs von 50 % der Gesamtkosten, max. jedoch 30.000 Euro zu übernehmen.

### **Auswirkungen auf den Haushalt:**

Die für die Maßnahme benötigten Mittel stehen regulär im Haushaltsplan 2022 zur Verfügung und sind im geplanten Jahresergebnis enthalten. Die Aufhebung des Sperrvermerks und die Bewirtschaftung der Gelder stellen damit keine Veränderung der geplanten Werte dar. Eine Gefährdung der ordentlichen Haushaltsführung durch die Beschlüsse ist ausgeschlossen.

Anlage:



Abbildung 1: 23. Februar 2022 – Modellhafte Installation am geplanten Standort

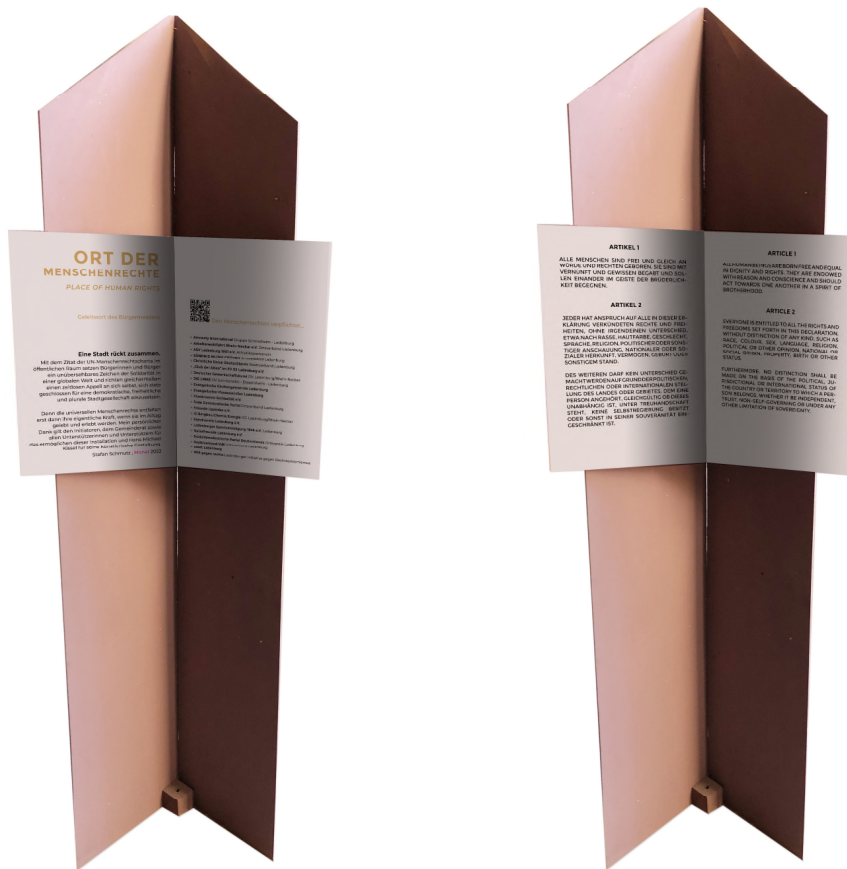


Abbildung 2: CAD Montage - beispielhafter Stelen